

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
90 (1923)**

23.10.1923 (No. 245)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-1206713](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-1206713)

Bezugspreis. Die Oldenburgische Volkszeitung (Bechtaer Zeitung, Dammer Nachrichten), Zentrumsorgan, erscheint nur wochentags. Preis f. Stadt- u. Postab. ohne Bestellgeld f. Oktbr. 357 Mill. M. freibleib. Einzelnummer 50 Mill. M.

Oldenburgische

Volks-Zeitung

Anzeigen. Der Grundpreis beträgt für Anzeigen a. d. Freistaat Oldenburg 100 M. f. d. einj. Zeitzeile oder deren Raum, für sonst. 150 M., Reklamez. 350 M. mal Schlüsselzahl, z. Z. 2 Mill. Telef. aufgeg. Anzeigen geben kein Einpruchsrecht.

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Bechta. Fernspr. (5).
Druck und Verlag: Bechtaer Druckerei und Verlag, G. m. b. H.
Geschäftsleitung: Verlagsdirektor A. Sommerfeld, Fernspr. 5

Tageszeitung für das Oldenburger Land.

Postfachkonto Hannover 7908.

Gratis-Beilagen: „Wochenblatt für Land- u. Hauswirtschaft“
Schriftleiter: Detonomierat Lohaus, Dintlage; „Seimatblätter“ Schriftleiter: Dr. Aerdam, Opthe bei Bechta.

Nr. 245

Anzeigenannahme in Oldenburg:
F. Wiltner, Handelshof, Telefon 1354.
E. Wörmann, Bergstr. 5, Telefon 1885.

Bechta, Dienstag, den 23. Oktober 1923.

Anzeigenannahme in Osnabrück:
F. Wiltbold, Wiltboldstr. 4a, Tel. 139.
Ed. Rodlage, Martiniestr. 49, Tel. 1075.

90. Jahrg.

Ausrufung der rheinischen Republik in Aachen.

Nur auf Aachen beschränkt.

Aachen, 21. Okt. Heute morgen gegen 4 Uhr ist hier die rheinische Republik ausgerufen worden. Die Befehle der Regierungsgebäude gingen glatt vor sich, da die Schutzpolizei keinerlei Widerstand leistete. In einer Proklamation verspricht die Regierung den Bewohnern der neuen Republik Brot und Arbeit. Die Bewegung greift nach der belgischen und englischen Zone weiter rapid um sich.

TU. Aachen, 21. Okt. Die Ausrufung der rheinischen Republik bestätigt sich. In der Stadt selbst herrscht noch Ruhe. Alle Telefonverbindungen zwischen Köln und Aachen sind unterbrochen. Nach Mitteilungen, die um 1 Uhr mittags in Köln vorlagen aus Düren, Koblenz, Mainz, Düsseldorf, Eschweiler, Ailsch, Stolberg und Neuß, handelt es sich bei dem Aachener Putsch lediglich um eine Einzelaktion.

Die Entwaffnung der Bonner Polizei.

TU. Berlin, 22. Okt. In Bonn ist die Schupo von den Franzosen entwaffnet worden. Als die Reichsregierung von diesem Vorgang Kenntnis erhielt, richtete sie an die französische Regierung eine scharfe Protestnote. Poincaré hat am Sonntag darauf geantwortet. Er hat bereits Anordnungen getroffen, daß die Bonner Polizei wieder ihre Waffen erhalten soll. In der Antwort Poincarés findet sich der merkwürdig anmutende Satz: „Die Bonner Polizei dürfe aber nicht auf harmlose politische Demonstranten schießen.“

Der Otto-Wolff-Vertrag unterzeichnet.

TU. Paris, 22. Okt. Der „Intransigent“ meldet, daß der endgültige Vertrag mit dem Otto-Wolff-Konzern unterzeichnet worden ist. Gegenwärtig seien wichtige Verhandlungen mit der Sinnesgruppe im Gange. Die deutschen Vertreter der Sinnesgruppe, Stinnes und Klöcker, werden heute die Verhandlungen mit dem Franzosen Franzen wieder aufnehmen.

Reichswehr gegen Sachsen.

Dresden, 20. Okt. Das Wehrkreiskommando teilt mit: Nachstehendes Schreiben wurde heute nachmittag 1.30 Uhr Ministerpräsident Dr. Zeigler überreicht:

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident!

Entsprechend der Darlegung in meinem Brief Ic 3574/23 vom 18. Oktober 1923 habe ich im Hinblick auf die Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten im Landtage die Entscheidung über weitere Maßnahmen dem Herrn Reichswehrminister anbeigelegt. Die Reichsregierung hat sich schlüssig gemacht. Ich bin beauftragt, im Freistaat Sachsen mit den mir zur Verfügung stehenden und zur Verstärkung zur Verfügung gestellten Machtmitteln verfassungsmäßige und geordnete Verhältnisse wieder herzustellen und aufrechtzuerhalten. Ihnen hieron gebührende Kenntnis zu geben, will ich nicht verfehlen. Die Gründe für das Eingreifen der Reichswehr werden vor diesem der Bevölkerung bekanntgegeben. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die von der Reichsregierung im Interesse des Gesamtvolkes für nötig erachteten Maßnahmen die volle Billigung und tatkräftige Förderung der Regierung des Freistaates Sachsen finden werden. Insbesondere vertraue ich darauf, daß es Ihnen, Herr Ministerpräsident, gelingt, die bei den kommunistischen Mitgliedern der Regierung offensichtlich vorhandenen Bestrebungen, die sich gegen die Grundlagen der Reichsverfassung zu wenden drohen, in den richtigen Schranken zu halten. Nur so wird die überaus schwierige Aufgabe zu lösen sein, die schwer erschlitterten Zustände im Freistaat Sachsen verfassungsmäßig wieder herzustellen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Müller, Generalleutnant.

Bayern gegen das Reich.

Abtrennung der bayerischen Reichswehr. — v. Loffow zum Landeskommandanten ernannt.

Die Reichsregierung ruft v. Loffow ab.

WTB. Berlin, 20. Okt. Der Reichswehrminister hat Generalleutnant v. Loffow vom Dienst entlassen und seine Verabschiedung eingeleitet. Mit der vorläufigen Führung der 17. Division des Reichsheeres ist der nächstälteste bayrische Offizier, Generalmajor Freiherr Kress von Kressenstein beauftragt. Der Reichspräsident hat die bayrische Regierung aufgefordert, ihm Vorschläge für die Befetzung der Stelle des bayrischen Landeskommandanten gemäß dem Wehrgesetz zu machen.

Diese Maßnahmen wurden notwendig, da Loffow sich ausdrücklich geweigert hat, einen ihm gegebenen Befehl auszuführen, und es abgelehnt hat, aus dieser Haltung selbst die Konsequenzen zu ziehen.

Die bayrische Regierung ernannt v. Loffow zum Landeskommandanten.

WTB. München, 20. Okt. Die bayrische Staatsregierung hat heute einen Aufruf erlassen, in dem mitgeteilt wird, daß sie im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe in Bayern unter Wahrung der bayrischen Belange bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens mit Bayern und dem Reich den bayrischen Teil der Reichswehr ihrerseits als Treuhänderin des deutschen Volkes in Pflicht genommen, den General v. Loffow als bayrischen Landeskommandanten eingesetzt und mit der Weiterführung der bayrischen Division beauftragt hat.

Verfassungsbruch.

Eine amtliche Berliner Meldung besagt: Die neueste Maßnahme der bayerischen Regierung stellt zweifellos einen glatten Bruch der Reichsverfassung dar. Es ist tief bedauerlich, daß eine verantwortliche deutsche Landesregierung in einer Zeit schwerster außenpolitischer Not des Vaterlandes Sonderwünsche und Sonderinteressen gegenüber der Gesamtheit des Reiches durchzusetzen zu sollen glaubt und damit dem Reich und der Reichsregierung die Zusammenfassung aller Kräfte gegen den von außen kommenden Verfallswillen außerordentlich erschwert.

Entspannung der Lage?

TU. Berlin, 21. Okt. Wie die Telunion von zuverlässiger Seite erfährt, hat die durch das gestrige Vorgehen Bayerns geschaffene Lage eine Entspannung erfahren. Eine Vereidigung der Truppen der 7. bayrischen Division hat nicht stattgefunden, und ist auch nicht geplant. In maßgebenden Kreisen besteht die Ansicht, die verschiedentlich in letzter Zeit aufgetretenen Auffassungen

zwischen Bayern und dem Reich zum Gegenstand von Erörterungen zu machen, um wenn möglich dadurch zu einem Ausgleich zu gelangen.

Wie die Telunion weiter erfährt, hat am heutigen Sonntag eine Ministerbesprechung über die augenblicklich im Vordergrund des Interesses stehenden Fragen stattgefunden, die am Montag nachmittag 12 Uhr ihre Fortsetzung in einer Sitzung des Gesamtkabinetts finden wird.

Kabinettsrat.

TU. Berlin, 21. Okt. Der heute zusammen getretene Kabinettsrat tagte unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert. Soweit man unterrichtet ist, geht die Auffassung des Kabinetts über die Lage in Bayern dahin, daß eine friedliche Lösung des bayrischen Konfliktes noch immer im Bereiche der Möglichkeit liege. Es fehlt jedenfalls nicht an lezten Anstrengungen, den bayrischen Regierungsstellen eine goldene Brücke zu bauen.

Überwachung des Telefonverkehrs.

Nürnberg, 21. Okt. In Nürnberg verfolgt man die Vorgänge in München mit besonderer Aufmerksamkeit. Die Beunruhigung, die schon seit längerer Zeit in weiten Kreisen herrscht, ist ganz außerordentlich gewachsen. In verfassungstreuen Kreisen schweben zurzeit Verhandlungen über eine evtl. Gegenwirkung gegen die Münchener Aktion. Ueber deren Wirkung kann aber im Augenblick noch nichts gesagt werden. Der Telefonverkehr aus Bayern unterliegt einer strengen Beobachtung.

Der Ausruf Seedts in Bayern verboten.

TU. München, 21. Okt. Der Abdruck des Ausrufes des Generals von Seedt an den bayrischen Teil der Reichswehr ist für das gesamte Gebiet des Freistaates Bayern verboten worden.

Hessen, Baden und Württemberg nehmen zur innerpolitischen Lage Stellung.

TU. Darmstadt, 21. Okt. Amtlich wird mitgeteilt, die hessische Regierung hat auf Grund der letzten Nachrichten über die innerpolitischen Ereignisse sofort mit Baden und Württemberg Fühlung genommen. Morgen, Montag, findet diesbezüglich eine Besprechung in Stuttgart statt. Die hessische Regierung hält entschlossen an der Einheit des Reiches fest und wird ihre Macht hierfür einsetzen.

Verpflichtung der bayr. Reichswehr.

× München, 22. Okt. Die Verpflichtung der bayerischen Truppen auf den bayerischen Staat findet am heutigen Vormittag statt.

Weitere Linksschwenkung der Berliner Sozialdemokratie.

TU. Berlin, 21. Okt. Am heutigen Sonntag ist die bereits zweimal vertagte sozialdemokratische Konferenz des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg beendet worden. Die Neuwahl des Bezirksvorstandes ergab einen, wenn auch knappen Sieg der Opposition. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Abgeordnete Künzler gewählt, der 225 von 440 Stimmen auf sich vereinigete. Zu teilweise sehr scharfen Auseinandersetzungen kam es bei der Besprechung über die Mitteilungen der „Vorwärts“-Redaktion in der Koalitionsfrage, sowie in der Frage der Reichswehraktion gegen Sachsen. Für die Opposition ging der Landtagsabgeordnete Meyer besonders mit Chefredakteur Stamper ins Gericht und erklärte, es sei für die Berliner Arbeiterklasse unerträglich, daß in der Frage der Reichswehraktion gegen Sachsen der „Vorwärts“ sich für die Reichswehr und nicht für die sächsische Arbeiterklasse eingesetzt habe. Chefredakteur Stamper trat den Ausführungen scharf entgegen und berief sich in seiner übrigens auch von der Opposition mit größter Aufmerksamkeit ausgenommenen Rede in der sächsischen Frage auf den Ministerpräsidenten Dr. Zeigler, der sich durch die Reichsanleihe am Donnerstag an die „Vorwärts“-Redaktion gewandt und darum gebeten habe, daß man bezüglich der Reichswehr keine weiteren Angriffe erheben sollte.

da andere Tatsachen bekannt geworden seien, die die Schlage wesentlich verändert hätten. Ueber den Konflikt zwischen dem Reich und Bayern berichtete der bayerische Landtagsabgeordnete Sanger, der das Verhalten der bayerischen Regierung als einen Treubruch und Verrat am Reich bezeichnete. Am Schluß der Debatte gelangte ein Antrag Aufhäuser-Crippien zur Annahme, der besagt, daß angesichts der offenen Rebellion der bayerischen Regierung gegen die Autorität des Reiches eine weitere Unterdrückung der republikanischen Bevölkerung im übrigen Deutschland unter militärische Gewalt unerträglich sei. Insbesondere wandte sich der Antrag gegen die neuerdings eingeleitete Reichswehraktion gegen Sachsen. Der Bezirkstag fordert die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes für das ganze Reich. Im Falle einer Ablehnung dieses Verlangens durch die Koalitionsparteien sind die sozialdemokratischen Minister aus der Regierung zurückzuziehen.

Die „Rote Fahne“ abermals verboten.

× Berlin, 21. Okt. Vom Reichswehrministerium ist ein neues Verbot der „Roten Fahne“ erlassen, weil das Blatt in seiner gestrigen Ausgabe trotz der erst vor wenigen Tagen im Reichswehrministerium abgegebenen Zusicherung wieder zur Bewaffnung der Arbeiterklasse aufgefordert und den militärischen Generalfreikampflern proklamiert hat.

Der Beamten-Abbau.

Berordnungsentwurf des Reichsfinanzministeriums.

Berlin, 20. Okt. Im Reichsfinanzministerium ist eine Verordnung über den Abbau des Beamtenapparates fertiggestellt worden. Wir entnehmen ihm die nachstehenden Einzelheiten:

Artikel 1 befaßt sich mit den

Änderungen des Reichsbeamtengehaltes:

§ 23, Abs. 1, wird dahin geändert, daß im Gegensatz zum heutigen Recht eine Verletzung in ein anderes Amt derselben oder einer gleichartigen Laufbahn auch dann erfolgen kann, wenn dieses Amt einen geringeren Rang oder ein geringeres planmäßiges Einkommen hat. Bei der Verletzung in ein solches Amt von geringerem Rang bleibt dem Beamten die bisherige Amtsbezeichnung.

§ 25 wird dahin geändert, daß durch Verfügung des Reichspräsidenten jederzeit in einstufigen Ruhestand versetzt werden können: die Staatssekretäre, die Ministerialdirektoren bei den obersten Reichsbehörden und beim Bureau des Reichspräsidenten, der Reichskommissar und der Präsident der Reichsvermögensverwaltung für die befestigten rheinischen Gebiete, der Direktor des Reichskommissars für Aufbaubarbeiten in den zerstörten Gebieten, der Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, die planmäßigen Referenten im Bureau des Reichspräsidenten, in der Reichsanleihe, im Auswärtigen Amt, die Intendanten, der Wertverwaltungsdirektor sowie die Maschinen- und Schiffbau direktoren bei der Marineverwaltung, die Postchef, Gefandten, Geschäftsträger, Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln, die Postchefs, Gefandtschaftsräte, Legationsräte und Legationssekretäre.

§ 26 wird dahin geändert, daß das Wartegeld 80 Prozent des ruhegehaltfähigen Dienstverdienstes beträgt. Hat der Beamte noch nicht 30 Jahre Dienstzeit, so wird für jedes Jahr, das unter 30 Jahren ist, 2 Proz. vom ruhegehaltfähigen Dienstverdienst entzogen. Das Wartegeld beträgt aber mindestens 35 Proz. Das Wartegeld beträgt höchstens 80 Prozent des Einkommens des Beamten der Gruppe 12, mittlere Dienstaltersstufe (eines Oberregierungsrats).

§ 27, Satz 2 wird dahin geändert, daß die Gehaltszahlungen aufhören bzw. das Wartegeld beginnt mit Ablauf des Monats nach der Bekanntmachung der Verletzung in den Ruhestand.

§ 34 erhält einen Zusatz, „wonach bei Mitgliedern der Reichsregierung als 10jährige Dienstzeit nur in Frage kommt die Zeit, in der die Mitglieder Mitglieder der Reichsregierung waren. Dabei werden Unterbrechungen nicht anzurechnen. Eingetretene Dienstunfähigkeit ist in diesem Fall nicht Voraussetzung der Pensionsgewährung.“

§ 35 wird dahin geändert, daß der Reichskanzler und die Minister jederzeit ihre Entlassung erhalten und fordern können. Sie erhalten dann ihre Bezüge noch einen Monat lang. Von da ab erhalten sie, sofern sie vor ihrer ordnungsmäßigen Ernennung zu Ministern Beamte waren, den Höchstfuß des Wartegeldes, es sei denn, daß sie in eine höhere aktive Dienststufe zurücktreten. Minister, die nicht Beamte waren, erhalten kein Ruhegehalt. Waren sie vier Monate im Amt, so erhalten sie ein Uebergangsgeld, und zwar einen Monatsbetrag für den vollen Monat der auf der ersten Monat fallenden fünf Monate, für je zwei Monate der nächsten sechs Monate und für je vier Monate der nächsten zwölf Monate.

Die Reichsbeamten treten mit Ablauf des Monats in den Ruhestand, in dem sie das 65. Lebensjahr vollendet haben. Bei den Mitgliedern des Reichsgerichtes, des Finanzhofes und des Rechnungshofes tritt an die Stelle des 65. Lebensjahres das 68. Lebensjahr, die das 60. Lebensjahr vollendet und eine ruhegehaltfähige Dienstzeit von mindestens 10 Jahren im Dienste des Reiches, eines Landes oder einer Gemeinde zurückgelegt haben, können mit Zustimmung der obersten Reichsbehörde ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit unter Bewilligung des gesetzlichen Ruhestandsgeltes in den Ruhestand versetzt werden.

Verletzung in den einstufigen Ruhestand.

Lebenslanglich angestellte Reichsbeamte mit Ausnahme der Mitglieder des Reichsgerichts, des Finanzhofes und des Rechnungshofes können unter Bewilligung des gesetzlichen Ruhegeldes einstufigen in den Ruhestand versetzt werden. Das gleiche gilt für nicht lebenslanglich angestellte Beamte. Außerplanmäßige und im Vorbereitungsdienst befindliche Beamte können ohne Gewährung von Wartegeld entlassen werden. Bei Berücksichtigung der Familienverhältnisse sollen ledige Beamte oder kinderlos verheiratete Beamte vor verheirateten Beamten mit Kindern ausgewählt werden. Schwerbeschädigte Beamte sollen in letzter Linie in den Ruhestand versetzt werden. Vor der Verletzung ist den Beamten Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Bei der Auswahl ist ferner die Beamtenvertretung zu hören.

Lebenslanglich angestellten Beamten, die ihr Ausscheiden aus dem Reichsdienst innerhalb sechs Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung beantragen, kann

Die heutige Ausgabe umfaßt vier Seiten.

bei ihrem Ausscheiden ein Ruhegehalt gegeben werden. Auf Probe, auf Kündigung usw. angestellten Beamten kann eine Abfindungssumme nach Maßgabe des § 2 gewährt werden. Das gleiche gilt für lebenslänglich angestellte Beamte, die mit Zustimmung ihrer Verwaltung das Ausscheiden aus dem Reichsdienst beantragen. Beamte oder Anwärter dürfen nicht eingestellt werden. Als Einstellung gilt die Verleihung einer Planstelle an außerplanmäßig oder kommissarisch beschäftigte Beamte. Von der Gesamtzahl der am 1. Oktober 1923 im Dienst befindlichen planmäßigen oder außerplanmäßigen Reichsbeamten haben

mindestens 25 Prozent auszuschneiden,

und zwar 5 Proz. der Gesamtzahl vor dem 1. Februar 1924, 5 Proz. vor dem 1. März 1924 und 5 Proz. vor dem 1. April 1924. Den Zeitpunkt, bis zu dem der weitere Abbau zu erfolgen hat, bestimmt die Reichsregierung. Die durch das Ausschneiden freierwerdenden Planstellen dürfen nicht wieder besetzt werden.

Berlin, 20. Okt. Im Reichsfinanzministerium haben gestern mit Vertretern des Städteverbandes Besprechungen über Neuregelung der Beamtenverhältnisse stattgefunden. Bei diesen Besprechungen wurde auch über Fragen verhandelt, die die Maßnahmen des Reiches für die Länder und die Gemeinden haben müssen. Besonders wichtig ist in dieser Hinsicht, daß ein Art. 19 des neuen Gesetzes folgende Bestimmungen enthält:

- Die Länder sind berechtigt sowie verpflichtet
1. für die Landesbeamten sowie für die Beamten der Gemeinden eine den allgemeinen Grundgesetzen des Gesetzes entsprechende Regelung zu treffen, aber entsprechende gesetzliche Vorschriften bis zum 1. Januar 1924 zu erlassen.
 2. Die Zuschüsse, die die Länder nach § 60 des Finanzgleichgesetzes für sich und ihre Gemeinden erhalten, sind ab 1. April 1924 um 15 v. H. zu kürzen. Mit Wirkung von dem im Art. 1 bezeichneten Zeitpunkt werden weitere 10 v. H. gekürzt (d. h. vom 1. Juli 1924 ab). Soweit Länder und Gemeinden Wartegelder und Abfindungssummen zu zahlen haben, gewährt das Reich den Ländern Zuschüsse in Höhe von 75 v. H. der nachgewiesenen Aufwendungen.

Ein Landeskulturprogramm.

Erwerbslosenfürsorge und Dehlandkultur.

In der „Deutschen Bergwerkszeitung“ entwirft W. Debus ein Landeskulturprogramm, das tatsächlich Beachtung verdient, weil es Richtlinien zeigt zu einer sofort anzugreifenden, zielbewussten Dehlandkultur. Es stellt für die Organisation dieser Erwerbslosenfürsorge durch Dehlandkultur folgende Punkte auf:

1. Dem Reichsarbeitsministerium wird ein Dezernat angegliedert: Produktive Erwerbslosenfürsorge. Als Dezernenten werden bestimmt Professoren der landwirtschaftlichen Betriebslehre von deutschen Universitäten und landwirtschaftlichen Hochschulen, ehemalige Mitglieder der aufgelösten Preussischen Anstaltungskommission Rosen, Wirtschaftler von Ruf auf dem Gebiete der Dehland- und Moorlandkultur. Zunächst zu hören sind schon bestehende private Verbände mit dem Ziel der Förderung von Dehlandkulturen (z. B. die meines Wissens sogar amtlichen Charakter tragende Moor-Verbandsstation in Bremen, der Verein zur Förderung der Moorlandkultur u. a.).
2. Dieses Dezernat hat in kürzestmöglicher Zeit — bei den wissenschaftlichen Vorarbeiten, die hierzu geleistet sind, ist dies eine Frage weniger Tage — ein Kulturprogramm auszuarbeiten, das zu enthalten hat: Größe der einzelnen Dehlandkomplexe, Aufteilung in Distrikte an die einzelnen Landesarbeitsämter, Zahl der benötigten ungelerten, gelerten und leitenden Arbeitskräfte, Angabe der erforderlichen Maschinen, Art und Maß der notwendigen künstlichen Düngemittel.
3. Die Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen haben sofort, nötigenfalls unter Hintanhaltung jedes Privatauftrages, die erforderlichen Maschinen zu liefern (Bezahlung erfolgt möglichst bargeldlos über Steuer- oder Währungsbankkonto). Für Unterkunft und Verpflegung (Feldküchen) sorgt das Reich. Beschaffung der notwendigen Naturalien durch die Landwirtschaft unter Verrechnung über Steuer- oder Währungsbankkonto. Bezahlung der ungelerten Arbeitskräfte über diesen Naturalien hinaus ist nur in ganz geringem Umfang erforderlich. (Hierdurch Fortfall der die Inflation vermehrenden Auszahlung von Geld an einen nicht unbeträchtlichen, bisher vollkommen unproduktiven Teil der Bevölkerung.)
4. Die öffentlichen Arbeitsnachweise in ihrer bisherigen Form bleiben bestehen. Diese haben ihren Bestand an Arbeitslosen täglich dem zuständigen

Landesarbeitsamt zu melden, das über die künftigen Arbeitskräfte nach Maßgabe des Bedarfs verfügt. Bewerber und Mangel an Bedarf sind dem Dezernat zu melden, das von sich aus die Verchiebung zwischen den einzelnen Distrikten vornimmt.

5. Die Arbeitgeber sind unter allen Umständen verpflichtet, die Verheirateten erst in letzter Linie zu entlassen. Diese Verpflichtung muß unter Umständen über den bisher gesetzlich festgelegten Zwang gehen, daß vor Entlassungen die wöchentliche Arbeitszeit auf 24 Stunden zu strecken ist. Soweit Verheiratete zur Entlassung kommen müssen und zur Dehlandkultur herangezogen werden, ist diesen der für die Ernährung und Sicherung der Familienmitglieder notwendige Geldbedarf nicht unmittelbar auszuhändigen, sondern die Auszahlung erfolgt durch die Heimatgemeinde unmittelbar an die Ehefrau oder sonstige Unterstützungsberechtigte wöchentlich. Ein Teil der Unterstützung ist zweckmäßig durch Umweisung auf entsprechende tägliche Mahlzeiten der neu einzurichtenden Volkstüchen zu zahlen.

6. Als leitende Arbeitskräfte sind die überreichlich vorhandenen ausgewiesenen, vertriebenen und heimatlos gewordenen Anstifter, aus den überseeischen Kolonien oder den östlichen Provinzen einzustellen. Diese Kräfte bilden gleichzeitig das wertvolle Material, aus dem sich je nach Leistung und Eignung die Persönlichkeiten herausbilden, denen später das anbaureife Land in Pacht übergeben wird.

Mit Kali-, Stickstoff-, Superphosphatfabriken sind laufende Beiträge auf Lieferung der notwendigen künstlichen Düngemittel abzufürsorgen (Verrechnung ebenfalls über Steuer oder Währungsbankkonto).

Die Hauptlinien eines Landeskulturprogramms und der unbedingt notwendigen Erfüllung produktiver Erwerbslosenfürsorge sind damit gegeben, ohne Anspruch auf vollkommene Geschlossenheit in sich, und mit dem offenen Wunsch zu einer freien, nötigenfalls schonungslosen Kritik, soweit sie gleich der vorstehenden das einzige Ziel hat: das Vaterland.

Deutsches Reich.

Handwerk und Rentenbank.

TU. Hannover, 21. Okt. Nach dem Wortlaut der Verordnung über die Errichtung der neuen Rentenbank besteht, wie die Telunion erfährt, vom Reichsverband des deutschen Handwerks, kein Zweifel darüber, daß auch das deutsche Handwerk sich entgegen ursprünglichen Behauptungen an der Errichtung der Rentenbank beteiligen werde. Durch Nachrichten über die Nichtbeteiligung des deutschen Handwerks ist die Öffentlichkeit irreführt sowie im Handwerk starkes Befremden hervorgerufen worden. Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat Beschwerde dagegen erhoben, daß er bei der Errichtung der Rentenbank übergegangen ist und hat Vertretung im Verwaltungsrat der Rentenbank beanprucht.

Tagung des deutschen republikanischen Reichsbundes.

TU. Berlin, 21. Okt. Der deutsche republikanische Reichsbund hatte am Sonntag eine Kundgebung veranstaltet, an der sich der frühere Minister Heinke in seiner Eigenschaft als Bundesvorsitzender beteiligte. Er wandte sich gegen das Treiben der Rechtspreiskämpfer, die nur das Vaterland verraten und als Verbrecher bezeichnet werden könnten. Sachsen und Thüringen ständen beide zum Reich, und wenn man die Wahl habe, dann werde man tausendmal lieber mit Dr. Zeigner als mit Herrn von Raahr zusammenarbeiten. Für jeden aufrichtigen Republikaner gebe es hier keine Wahl, wenn heute die Entscheidung zu treffen sei zwischen rechts und links.

Friz Thyssen an General Degoutte.

Auch an die Firma Thyssen war die französische Ingenieurkommission mit der Anregung herangetreten, von sich aus Verhandlungen mit der französischen Behörde über die Wiederaufnahme des Betriebes zu führen, ähnlich wie dies andere Industrielle getan hätten. Friz Thyssen antwortet nun auf dieses Ansuchen in einem mannhafte Briefe, der sowohl dem General Degoutte als auch der deutschen Öffentlichkeit und sogar der deutschen Regierung zu denken geben kann.

Von seinem Standpunkte als deutscher Staatsbürger führt er nämlich zunächst aus, daß er nicht berechtigt ist, mit dem Vertreter einer fremden Macht über eines der wichtigsten Rechte eines souveränen Staates, nämlich über das Recht der Besteuerung, zu verhandeln und sogar den Betrag der Steuer an einen fremden Staat abzugeben. Als verantwortlicher Werksleiter legt er dann scharfe und zutreffende Kritik an die französischen Forderungen an, nachträglich die Kohlensteuer für die bereits von den Franzosen abtransportierten Kohlen zu zahlen, ferner in Zukunft 40 Prozent des Wertes der geförderten Kohle als Steuer zu entrichten und schließlich 17 Prozent der Förderung zu Reparationszwecken kostenlos zu liefern. Er weist die Unmöglichkeit der Erfüllung der französischen Forderungen nach, da die Voraussetzungen derselben inzwischen hinfällig geworden sind. Zum Schlusse macht er den französischen General auf den furchtbaren Ernst der augenblicklichen Situation aufmerksam, wo infolge des französischen ablehnenden Verhaltens die Schließung der Werke bevorsteht. Die unabweisbaren Folgen aus diesen zwangsläufigen Maßnahmen gehen aber auf das Konto der französischen Behörden. Gegen diese lückenlose logische Beweisführung wird auch der französische General nicht aufkommen können.

Gegen die Preispolitik der Kartelle.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat, wie bereits kurz mitgeteilt, an den Reichszentraler eine Eingabe gerichtet, in der eine Reihe von Forderungen zur besseren Überwachung der Kartelle erhoben werden. Eingangs wird erklärt, es sei unbedingt notwendig, daß die Reichsregierung scharfer in die seit längerer Zeit übliche Preispolitik der Konventionen und Kartelle eingreife. Die augenblicklich übliche Methode der Preisbildung müsse in kurzer Frist zum Stillstand der Industrie führen. Die wichtigste Aufgabe der Regierung sei, den freien Wettbewerb wieder zu ermöglichen. Zu diesem Zweck fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund u. a. ein Verbot des Rückzuschlages bei der Goldmarkfakturierung. Die Konventionsbestimmungen, nach denen Verbände nur an bestimmte Gruppen oder Abnehmer verkaufen dürfen, sollen gleichfalls verboten werden. Konventionsstrafen für Nichterhaltung von Kartellbeschlüssen sollen nicht erlaubt sein. Das Reichswirtschaftsministerium soll fortlaufend die im Ausland üblichen Preise für möglichst zahlreiche Warenarten feststellen und der Öffentlichkeit bekanntgeben. Sobald und soweit es die Entwicklung der Währungsverhältnisse zuläßt, soll die Handelspolitik durch Zulassung ausländischen Wettbewerbs in den Dienst einer gefundenen Beeinflussung der Inlandspreise gestellt werden. Sollten die Maßnahmen jedoch nicht ausreichen, so hält der Deutsche Gewerkschaftsbund ein Verbot aller die Preisbildung beeinflussenden Wirtschaftsorganisationen für notwendig.

Sitzung des Gemeindeausschusses der Zentrumspartei.

20. Oktober.

Die gestrige Gemeindeausschusssitzung der Zentrumspartei war wegen der eingetretenen ungünstigen Witterung nur von 28 Personen besucht. Der Vorsitzende Rechtsanwalt Dr. Reineke berichtete zunächst über die Zusammenkunft der Vorstände der Gemeindeausschüsse in Sohle, Cloppenburg und Friesoythe, die sämtlich sehr gut besucht gewesen seien. Es sei nun die Frage, wie man es mit der dort beschlossenen Extraversammlung für die Parteikasse halten wolle. Die Versammlung war der Meinung, daß man in der augenblicklichen Lage die Sammlung am besten aufschiebe, bis wertbefähigtes Geld vorhanden sei. Das Nähere soll in einer folgenden Versammlung beschlossen werden. Vom Vorstehenden des Windthorstbundes, Verlagsbeamten B. Vatterodt, wurde der Antrag gestellt, dem Windthorstbund dadurch die Fortsetzung seiner Versammlungen in diesem Winter zu ermöglichen, daß die Partei die Kosten für die Anzeigen übernehme. Der Antrag wurde angenommen. Der Vorsitzende gab dann ein Bild von der

politischen Lage im Reich und brachte einen Informationsbericht des Berliner Generalsekretärs der Zentrumspartei zur Verlesung.

Der Abgeordnete Amtshauptmann Hasakamp erstattete Bericht über den Stand der Verhandlungen der Regierungsbildung. Das Zentrum habe die große Koalition für ein Gebot der Stunde und habe in diesem Sinne Verhandlungen mit den übrigen Parteien eingeleitet. Wenn diese Verhandlungen auch dahin geführt hätten, daß die vier in Frage kommenden Parteien: Sozialdemokratie, Demokratie, Deutsche Volkspartei und Zentrum, ihre Bereitwilligkeit, in die große Koalition einzutreten, erklärt hätten, so sei man bisher zu einer Einigung über die Verteilung der Ressorts nicht gekommen. Der demnächst aufzutretende Landtag werde die Verhandlungen jedenfalls wieder aufnehmen und sie hoffentlich bald zu einem guten Resultat führen. Der Vorsitzende ergänzte diese klaren Ausführungen noch durch Darlegungen über die Entwicklung der Politik im Landtage seit der Revolution.

Unter Verschiedenes brachte Kaufmann Hinrichsmeyer die Aufstellung der Kandidatenliste bei der letzten Landtagswahl zur Sprache, die hier an verschiedenen Stellen Unzufriedenheit erregt habe. In der Diskussion klärte sich die Sache, und man kam allgemein zur Ueberzeugung, daß korrekt verfahren sei und man unter den obwaltenden Umständen nicht mehr erreichen könne. Bemängelt wurde, daß die Verteilung der Stimmzettel mangelhaft gewesen sei. Weiter wurde gewünscht, daß die Stimmzettel so abgefaßt würden, daß die Wähler deutlich erkennen könnten, ob der ihnen vorgelegte Stimmzettel der Stimmzettel der Zentrumspartei sei; vielleicht empfehle es sich, dem Zettel die Ueberschrift „Zentrumspartei“ zu geben. Zur Sprache kam dann (Löweborn), wie man der bevorstehenden Arbeitslosigkeit begegnen wolle. Amtshauptmann Hasakamp wies darauf hin, daß bei einer Besprechung im Ministerium mitgeteilt sei, daß man hauptsächlich im Amte Friesoythe Kartoffelsarbeiten vornehmen lassen werde durch Anlegung eines Entwässerungskanales, durch den die Ueberschwemmungen beseitigt würden, und die Anlegung eines Staubeckens in Hülsfelde. Weitere Arbeiten werden die Kommunalverbände übernehmen müssen. Im Amte Bechta plane man, Arbeiten zur Kolonisierung der Wulfsnauer Mark und des Bechtaer Reservemoors vorzunehmen. Ueber die Arbeiten im Reservemoor werde demnächst eine Interessentenversammlung besprochen. Bei Chauffeebauten könnten wenig Leute beschäftigt werden, da die Erdkörper bereits hergestellt seien und bei der Aufbringung der Steine nur wenig ungeschulte Arbeiter beschäftigt werden könnten. Bürgermeister Berding teilte mit, daß in einer Versammlung im Solesstovvitz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern man sich über einen Arbeiterlohn von 30 bzw. 35 Bfg. geeinigt habe. Die Arbeitgeber seien gewillt, die Arbeiten fortzusetzen, solange es ihnen nur irgendwie möglich sei, Kredite zu beschaffen. Gegen 11 Uhr wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Aus dem Münsterlande.

Beckta, 22. Oktober.

— **Obden. Caritasverband.** Soweit die Berichte vorliegen, hat die Sammlung von Kartoffeln etc. für die Armen im Amtsbezirk und in den Städten des Nordens reichen Erfolg. Es war nicht anders zu erwarten. Manche Not wird durch die Wohltätigkeit beseitigt werden. Wenn die Gemeinden, die erst in dieser Woche sammeln, berichtet haben, wird das genaue Endresultat bekannt gegeben werden können.

— **Höchstfälle in der Erwerbslosenfürsorge.** Die Höchstfälle der Erwerbslosenfürsorge betragen in der Woche vom 15. bis zum 20. Oktober 1923 wochentäglich in den Orten der Ortsklassen A, B, C, D und E: 1. Für männliche Personen a) über 21 Jahre in den Orten der Ortsklasse A 1200, B 1120, C 1040, D und E 960 Millionen Mark; b) unter 21 Jahren A 720, B 670, C 620, D und E 570 Millionen Mark. 2. Für weibliche Personen: a) über 21 Jahre in den Orten der Ortsklasse A 960, B 900, C 840, D und E 780 Millionen Mark; b) unter 21 Jahren A 560, B 520, C 480, D und E 440 Millionen Mark. 3. Als Familienzuschläge für a) den Ehegatten in den Orten der Ortsklasse A 440, B 410, C 380, D und E 350 Millionen Mark; b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige A 360, B 340, C 320, D und E 300 Millionen Mark. Die bisherige Unterscheidung zwischen Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt oder im fremden

die Friur fahren, als sie aus dem Salon süße, weiche Töne vernahm.

Was das nicht Spes? Mit zarter, herüberender Stimme sang sie Lieder von Schubert und anderen. Ja, Spes war — Fides dachte es neidlos — wirklich gottbegnadet!

Spes hatte bei ihrer Romanlektüre, trotz besten Willens, nicht lange ausgehalten. Ungeachtet Walters bittendem Verbote, war sie über den Vorsaal geschlichen, hatte sich an das Klavier gesetzt und spielte nun Lieder, die, ach, so tief ans Herz greifen mußten.

Auch der Professor vernahm gedämpft die Klänge. Erst wollte ihn Zorn packen über die Rücksichtslosigkeit seiner Tochter, dann aber lösten die weichen Klänge Wehmut und Erinnerungen in ihn aus, daß er die fleißige Feder ruhen ließ und den Tönen lauschte.

So versunken waren sie alle, daß sie gar nicht hörten, wie sie, die Haustür öffnete, wie ein wohlbelannter, fester Schritt den Flur durchmaß.

Es war Doktor Bieler. Eine große Fremdenkunde trieb ihn her. Sie, die ihn hier liebten, sollten sein Glück zuerst aus seinem Munde erfahren. Klüftig war er den Weg zu Fuß gewandert, und nun — — — doch, hörte er recht? — — — weiche, süße Klänge!

Er, der große Musikliebhaber, blieb wie gebannt stehen.

Ganz deutlich vernahm er es, aus dem Salon drangen die wunderbaren Töne. Er lauschte, da setzte die Sängerin von neuem ein. Er kannte das Lied. Es war die schwermütige Ballade „Der Ugra.“

(Fortsetzung folgt)

Und bin so einsam doch!

Roman von Karl Schilling.

9] (Nachdruck verboten).

Mutter und Tochter weilten drei Tage in dem Waldhause. Wohl herrschte noch die Freude über die Heimkunft der beiden, doch warfen sich in das Bild des Wiederfindens schon leise Schatten.

Die Waldburg, die bisher so still und friedlich ihre Insassen umschlossen hatte, durchzitterte Unruhe und Nervosität.

Den ganzen Tag lag Corona auf dem Sofa, entweder im Speisezimmer oder auch im Arbeitszimmer ihres Mannes. Ihr Hüfteln, ihre Neugierde, ihre vielgestaltigen Bitten und Verlangen, ihre Reizbarkeit ließen die anderen ihre Gegenwart fast als unangenehm empfinden. Der Professor versuchte vergeblich, seine Gedanken zu sammeln; die Mutter ging verstimmt umher; Balthasar kam vor Befehlen überhaupt nicht zur Ruhe, und selbst Fides gewann nicht ihren sonst so heiteren Seelenfrieden.

Dazu kam, daß die Mutter beständig an ihr nörgelte, ihre Kleidung als unmodern und altmachend tabete und ihr den Geschmack und die Grazie von Spes empfahl.

So auch am Mittwochnachmittag. Frau Corona war gereizter Laune. Professor Heimfurth hatte erklärt, eine Arbeit unbedingt abschließen zu müssen und so gebeten, ihn ein paar Stunden allein zu lassen. Das hatte sie verdrossen. Da der Vater arbeitete, durfte auch Spes nicht singen und spielen. So ging sie daher unmutig von Zimmer zu Zimmer, bis sie endlich einen Roman fand, sich in den Sehnsücht des Mädchenfrüchens setzte und zu lesen begann.

Fides hatte versucht, die Mutter zu unterhalten. Da sie aber nur karge, verdrossene Antworten fand, wurde auch sie stille, bis endlich die Mutter nach einem langen Blicke auf ihre Tochter plötzlich ganz unmerklich begann: „Fides, nimm mir's nicht übel, du schaust abscheulich aus!“

„Aber Mutter!“

„Ja, ja, mein Kind! Dein Haar! Du hast schönes, weiches Haar, wenn auch nicht so reich wie Spes, aber du trägst es verkehrt, du entstellst dich!“

Ein Hustenanfall unterbrach ihre Stimme.

„Es ist doch recht traurig, daß du nicht bei mir sein könntest. Papa verzieht von diesen Sachen nichts, und die Großmutter, du lieber Gott, was kann man von der verlangen. — Doch“ — sie richtete sich energisch auf — „du sollst auch jung und schön und modern aussehen. Ich, deine Mutter, verziehe es dir, und gleich jetzt wollen wir den Anfang machen.“

Fides sah die Mutter verwundert an.

„Du staunst? Schnell hole mir deine Kämme und Nadeln und Brenneisen und Band! Ich will dir ein Kunstwerk machen!“

„Ich danke dir, Mutter, aber sei nicht böse, ich bin meine schlechte Friur gewohnt. Ich will ja gar niemanden aus der großen Gesellschaft gefallen. Laß es gut sein! Du regst dich nur auf und strengst dich an!“

Ja, da kam Fides bei Frau Corona schlecht an. Ganz hochrot wurde sie im Gesicht. Ihre Stimme nahm einen freischendenden Ton an. „Du willst nicht? Kind, Kind, bist du ein Starrkopf! Willst du so die Güte deiner Mutter lohnen? Und nun kein Wort weiter, lauf schnell, hol das Gewächse, sonst machst du mich ernstlich böse!“

Und Fides als gutes Kind ging geduldig. Nein, sie wollte die Mutter auf keinen Fall erzürnen. Sie ging und brachte das, was die Mutter verlangte. —

Langsam, bedächtig begann Frau Corona ihr Werk. Sie löste eigenhändig die Nadeln, daß das prächtige, volle, kastanienbraune Haar herabfiel. Es machte ihr dies viel Freude. Sie kam sich als besonders gute Mutter vor, die es mit der Erziehung ihrer Tochter sehr ernst nahm und sich keine Mühe verdrängen ließ.

Nun fing sie an, das Haar zu teilen, zu flechten und zu einer hohen, modernen Friur aufzubauen. Unermüdet schien sie bei dieser Arbeit. Fides hielt den Kopf so, wie die Mutter kommandierte; bald rechts, bald links, bald nach vorn geneigt, bald nach hinten gelehnt.

Endlich war die Mutter mit ihrem Kunstwerke fertig. „So, mein Kind, nun brauche ich mich mit dir nicht mehr zu schämen, nun siehst du auch wie eine Dame der großen Welt aus. Hier, nimm den Handspiegel und bewundere dich! Nicht wahr, deine Mutter ist eine Künstlerin und weiß, was Geschmack heißt und was dir gut steht. . . . Ja, ja,“ leuzte sie, „ich muß mich deiner besonders annehmen. Du bist schon überheratsfähig“ — fügte sie taktlos hinzu „und der Vater hat dich sehr vernachlässigt!“

Fides hätte sicher den ungerechten Vorwurf gegen den Vater zurückgewiesen, hätte ihr nicht im gleichen Augenblicke der Handspiegel ihr Bild gezeigt. Bald hätte sie vor Schreck, vor Entsetzen aufgeschrien. Das sollte sie sein, die Fides, mit dem überhöhen Friurbaue auf ihrem Kopfe? D, wie häßlich, wie abscheulich kam sie sich vor! Und das nannte ihre Mutter schön!

Schon wollte sie mit der Hand ungeduldig in

Unbegreiflich

ist es, daß es immer noch Leute gibt, die die ihnen zugestellten Nachnahmen der „Oldenb. Volksz.“ zurückgehen lassen und der Zeitung dadurch die gerechte Bezahlung ihrer Leistungen verweigern.

Was verlangt die Zeitung denn von den Lesern in Wirklichkeit? Man rechne es sich doch einmal nach dem jeweiligen Kursstande aus. Es handelt sich nur um wenige Goldpfennige, während sie eine Goldmark erhalten müßte.

Haushalt fällt weg. Die Familienzuschläge, die ein Erwerbstätiger erhält, dürfen insgesamt das Zweifache der ihm gewährten Unterstützung nicht übersteigen. (Demnach Höchstunterstützungsbetrag für den Tag 3300 Millionen Mark.) Die Zuschüsse, die nach früheren Bekanntmachungen des Reichsarbeitsministeriums gezahlt werden dürfen, sind auf die gesamten Beträge anzuwenden.

— **Hundertfacher Preis der Invalidenversicherungsmarken.** Wir machen unsere Leser auf die Befürchtung der Landesversicherungsanstalt Oldenburg im Anzeigenteil aufmerksam. Danach können von der Landesversicherungsanstalt noch Marken zum einfachen Preise abgegeben werden, wenn dies bis zum 31. d. M. beantragt wird. Die Zahl der Marken, die Lohnklasse und die Wochen, für welche die Marken verwendet werden sollen, müssen angegeben werden und der Geldwert muß gleichzeitig eingeklebt werden. Unvollständige oder verspätet bei der Landesversicherungsanstalt eingehende Anträge sind wirkungslos. Wenn das Porto miteingeklebt wird, erfolgt die Rücksendung je nach Antrag im einfachen Brief oder eingeschrieben. Wird kein Porto überandt, so geschieht die Rücksendung eingeschrieben unfrankiert. Anträge bei den Postanstalten sind zwecklos.

— **Der Ankauf von Reichsilbermünzen** durch die Reichsbank erfolgt vom 22. Oktober ab bis auf weiteres zum 1 Milliardenfachen Betrage des Nennwertes.

— **Postvordrucke.** Vom 20. Oktober an gelten für die Vordrucke des Post-, Postschek- und Telegraphenverkehrs folgende Preise: Postkarten, Pakettarten, Postanweisungen und Zahlkarten kosten 500 000 M das Stück. Für die Doppelpostdrucke wie Postkarten mit Antwortkarte, Nachnahmepostkarten, Nachnahme-Pakettarten und Postauftragsvordrucke wird der doppelte Betrag, also 1 Million Mark für das Stück, erhoben.

— **Eine neue Erhöhung der Postgebühren** soll nach der „B. Z.“ am 1. Nov. in Kraft treten. Ein Fernbrief soll 50 Millionen kosten. Es kommt also eine fünffache Erhöhung der heute geltenden Sätze in Frage.

— **Das Ruhrkind F. Below,** das, wie wir unter dem 15. d. Mts. berichteten, auf der Straße Oldenburg—Osnabrück verloren gegangen war, ist bei seinen Eltern wieder angelangt.

— **Dinlage, 19. Okt.** In der Nacht zum 10. Oktober ist dem Fuhrunternehmer Heinrich Bramlage von seinem Acker am Bahnhof ein Sack mit etwa 150 Pfund Kartoffeln und eine Senje gestohlen worden.

— **Langförden, 21. Okt.** Am 11. d. Mts. ist dem Händler Gottfried Depe und dem Arbeiter Heinrich Kröger in Bomhof vor der Wirtschaft Bohmann je ein Fahrrad gestohlen worden.

— **Wissel, 21. Okt.** Der Oberstaatsanwalt macht bezgl. des Glinski'schen Brandes s. folgendes bekannt: Am 14. d. Mts., nachmittags um 1 1/2 Uhr, ist eine mit Entzündung gefüllte Scheune des Landwirts Glinski in Wöstenhöfen, Gemeinde Wissel, abgebrannt. Es wird Brandstiftung vermutet. Kurz vor Entdeckung des Brandes ist ein junger Mann mit braunem Anzug und hellgrauem Sommerüberzieher oder Gummimantel von Wöstenhöfen zum Bahnhof Goldenstedt gelaufen und hat sich eine Fahrkarte nach Delmenhorst gelöst.

— **A. Bessrup, 21. Okt.** Am 10. d. Mts. ist dem Malermeister Georg Thoben mittels Einbruchs ein großer Posten Damen- und Leibwäsche gestohlen worden. Auf die Ermittlung des Täters und Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes hat der Geschädigte 30 Millionen Mark Belohnung ausgesetzt.

— **Cloppenburg, 22. Okt.** Am nächsten Donnerstag, dem 25. Oktober, wird das Schachbede-Streichquartett auf der Aula des Realgymnasiums ein Konzert geben. Die Künstler sind hier in Cloppenburg schon bekannt durch ihr Auftreten im letzten Jahre. — **Schüleraufführung.** Am Allerheiligentage und am darauffolgenden Sonntag wird der Literaturverein des hiesigen Realgymnasiums mit seiner diesjährigen Aufführung an die Öffentlichkeit treten. Zur Aufführung gelangt das Drama „Koloberg“ von Paul Heyse.

— **E. Vindern, 19. Okt.** In der Nacht zum 23. September sind dem Haussohn Heinrich Thien in Viemer bei seiner Wohnung aus zwei dort aufgestellten Bienentörben je 30 Pfund Honig entwendet worden.

— **Essen, 19. Okt.** In der Nacht zum 3. Okt. sind dem Dr. Bedmann mittels Einsteigens durch ein Fenster aus dem Keller 4—5 Pfund Fettkäse entwendet worden.

Aus dem Norden.

Oldenburg, 22. Oktober.

Oldenburger in Not!

Das Staatsministerium, die Landwirtschaftskammer, die Handelskammer, die Handwerkskammer, der Deutsche Beamtenbund Landesartell Oldenburg und der Landesauschuß für Arbeiter

und Angestellte richten an die Oldenburgische Bevölkerung folgenden Aufruf:

Um die Versorgung der zahlreichen Bedürftigen unseres Landes (Kleinrentner, Sozialrentner, Schwerkrankenbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Arbeitsunfähige, Erwerbslose usw.) nach Möglichkeit zu sichern, sind in den einzelnen Bezirken des Oldenburger Landes Notstandsaktionen eingeleitet. Durch freiwillige Sammlungen oder ähnliche Maßnahmen sollen erhebliche Erträge aufgebracht werden, die den Bedürftigen der eigenen Gemeinde und vielfach darüber hinaus der besonders schweren Not der großen Zahl von Unbemittelten in den Städten und industriellen Orten zugutekommen. Die Not ist riesengroß, viel größer als je zuvor. Der Staat und die Gemeinden sind nicht mehr in der Lage, den jetzt an ihre Hilfe gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Wenn die Versorgung der vielen, durch die Geldentwertung und die Arbeitslosigkeit unverschuldet in Not geratenen Familien auch nur einigermaßen ausreichend durchgeführt werden soll, ist es dringend erforderlich, daß alle noch in etwa leistungsfähigen Bevölkerungskreise in Stadt und Land freudig mitarbeiten und entweder durch Hergabe von Lebensmitteln, Bekleidungsstoffen, Heizmaterialien oder durch Barmittel an den Hilfsaktionen sich beteiligen, soweit ihre Kräfte es irgend gestatten. Kein Oldenburger wird es mit ansehen wollen, daß seine Volksgenossen in der engeren Heimat hungern und frieren! Erfreulicherweise haben sich schon jetzt im Lande opferwillige Kreise gefunden, die durch Abgabe von Brennstoffen und Kartoffeln den Bedürftigen geholfen haben. Möge diese Hilfsbereitschaft allgemein werden und bis zum Ende der Not Fortsetzung finden! Den Bedürftigen trotz der vielfach vorhandenen eigenen Not wirksam zu helfen, ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern in der heutigen Zeit zwingende Staatsbürgerpflicht.

Die Sammelstellen sind in den meisten Orten schon bekannt gegeben. Wo solche noch nicht bestehen, werden die Gemeinden oder die örtlichen Pflegeauschüsse in diesen Tagen die Sammelstellen einrichten.

(—) **Personalien.** Zum Vorsitzenden des Landbeschiedsgerichts ist der Obergerichtspräsident Dr. Dugend bestellt. Zu ständigen Beisitzern sind die Landgerichtsräte Dr. Högl und Dr. Klusmann, zu ihren Stellvertretern die Landgerichtsräte Flor und Dr. Wendelsohn ernannt.

— **Die Reichswehr** wurde am Samstag vormittag zum Teil abtransportiert, wie man annimmt, nach Sachsen. Darüber war die Arbeiterschaft erregt. Einige größere Werke beriefen ihre Betriebsräte zusammen, und fügte war für Mittwoch der sog. „Generalstreik“ proklamiert. Allerdings wußten die Arbeiter der meisten Betriebe nichts davon, arbeiteten insoweit ruhig weiter. Das konnten sich die „Kampfbewussten“ Proletarier doch unmöglich gefallen lassen. Also gab man den noch arbeitenden „Genossen“ auf eine in ihrer Wirkung erprobten Art Kenntnis von dem Generalstreikbeschluss. Eine Horde von mehreren hundert Menschen, die zum Teil angetrunken waren, zog in die Betriebe und holte die Genossen von der Arbeit. Die Betriebe der beiden Zeitungen, „Nachrichten“ und „Landeszeitung“, waren Sonntag nachmittag mit der Herstellung der Zeitung für Sonntag beschäftigt, als auch sie mit dem hohen Besuch besetzt wurden. Bei den „Nachrichten“ ging alles nach Wunsch ab, bei der „Landeszeitung“ verfiel man aber der schreienden Rote die Türen. Nun gab es die unglaublichen Szenen. Unter der Führung einiger Leute, die scheinbar mit den Verantwortlichen genau vertraut waren, wurden die Gebäude von allen Seiten gestürmt. Durch Hinterhöfe, über fremde Gärten drang man von vier Seiten gegen die Druckereigebäude vor, mit langen Leitern drang man in die oberen Fenster ein und suchte die Leute am Arbeiten zu verhindern. Die Leitung der Zeitung ließ darauf einige Polizisten kommen. Obwohl die Menschenmenge vor und in den Räumen auf etwa 1000 Köpfe angewachsen war, gelang es einem halben Duzend Schutzleuten dennoch, in wenigen Minuten Ordnung zu schaffen und die Gebäude von den Eindringlingen zu säubern. Kurz darauf hatte dann die „Streichleitung“ irgendwo den „ordnungsgemäßen“ Beschluß gefaßt, daß der Streit auch auf die Zeitungsbetriebe ausgedehnt worden sei. Nun sah sich das technische Personal der „Landeszeitung“, das ohnehin schwer bedroht worden war, genötigt, ebenfalls die Arbeit niederzulegen. So daß die Zeitung nicht gedruckt werden konnte. Auch die „Nachrichten“ konnten Sonntag nicht erscheinen. Sonnabend abend wurde außerdem das Theater stillgelegt und die vorgelesene Vorstellung von „Südin von Toledo“ mußte ausfallen.

— **Die Theatergemeinden des Landes** hatten gestern (Sonntag) die erste diesjährige Vorstellung. Gegeben wurde Agamemnon. Herr Nissen gab vorher eine Einführung in den Stoff. In einer anschließenden Sitzung wurde beschlossen, die Theatergemeindevorstellungen wieder aufzunehmen. Die nächste Vorstellung ist am 2. Dezember mit „Rigoletto“.

— **Gerüchte über Unruhen** hatten Sonnabend einen Sturm auf die Bäderläden zur Folge. Im Stadtteil Osterburg war kein Brot mehr aufzutreiben.

— **Edewech, 20. Okt.** Von der Kollage der geistigen Arbeiter legt die Tafelbeherredtes Zeugnis ab, daß in hiesiger Gegend und in der weiteren Nachbarschaft auf Torfwerken am Kanal usw. viele Studenten beschäftigt sind, die sich durch Handarbeit in den Ferien die Mittel für ihr Universitätsstudium verdienen. Häufig reicht sogar die Ferienzeit nicht aus, und der Broterwerb wird in irgend einer Form in der Universitätsstadt fortgesetzt. Dieser Erscheinung hat jetzt die Universität Hamburg dadurch Rechnung getragen, daß sie die Vorlesungen fast alle in die Abendstunden verlegt hat, so den Studierenden

Zeit lassend, tagsüber dem Broterwerb nachzugehen.

— **Barel, 20. Okt.** Gratisreparaturen. Eine Reihe von Schuhmachermeistern hat sich bereit erklärt, für die ganz armen Kinder und für die Alten bei Lieferung von Leder alle Reparaturen umsonst zu machen. Die Adressen dieser Meister sind beim Bürgermeister Berlin zu erfahren.

— **Westerfebe, 19. Okt.** Bei der Kartoffelernte fand ein junger Mann auf dem Esch hier selbst ein Goldstück aus dem 16. Jahrhundert. Der Fund hat einen hohen Wert schon erstens, weil es sich um Gold handelt, das bekanntlich bei uns sehr rar ist. Zweitens aber hat das Stück großen Wert für Münzensammler.

Delmenhorst, 22. Oktober.

— **Die Ausstellung für Kunst und Kunstgewerbe,** die im Rahmen der Goethebundarbeit vom Nordwestdeutschen Dürerbund Bremen veranstaltet wird, wurde gestern in der Aula der Oberrealschule eröffnet. Studienrat Dr. Dirks dankte allen denen, die das Werk fördern halfen und wies auf die einzelnen Abteilungen der reichhaltigen Ausstellung hin. Leider war infolge von Verzögerungen in der Eisenbahngüterbeförderung ein Teil der Ausstellungsgegenstände am Eröffnungstage ausgeblieben. Die Ausstellung wird daher am zweiten Tage eine wertvolle Ergänzung und Bereicherung erfahren. Ein Rundgang durch die Ausstellung, der sich der Eröffnung anschloß, überzeugte davon, daß viel und edles kunstgewerbliches Schaffen vereinigt und auch die Kunst in ausgewählten Werken durchweg nordwestdeutscher Künstler würdig vertreten ist. Zur Ausstellung gelangen Drehschleifenarbeiten, Metallarbeiten in Messing, Silberarbeiten, bemalte Gläser und Glasbilder, Keramik, Bastarbeiten, Delgemälde und Graphik, Papier für Bucheinbände und Buchbinderarbeiten. Von der Delmenhorster Gewerbeschule sind Lehrer- und Schülerarbeiten aus der graphischen Abteilung (Bucheinbände) in prächtiger Ausführung, von Herrn von Weghe Kunstschmiedearbeiten, als Nachweis hochentwickelter Handwerkskunst ausgezeichnet, von der Firma Werhshoff ein Büffet und eine Kredenz, deren edler Stil schon bei der Ausstellung der Behringarbeiten erfreute, ausgestellt worden. Die Ausstellungsgegenstände, welcher Richtung sie auch angehören mögen, zeigen einen erfreulich hohen Stand des deutschen Kunstgewerbes, und sind eingehender Betrachtung wert. Reinheit der Form verbindet sich mit der Güte und Echtheit des Materials, das nirgends mästert ist. Kleinere und größere Arbeiten sind reichhaltig vertreten und geschmackvoll gruppiert. Gebrauchs- und Zierründe vereinigen sich zu einem bunten Bilde. Ein flüchtiger Rundgang gestattet nicht, alle Eindrücke festzuhalten, doch seien besonders hervorgehoben die Messingarbeiten, die keramischen, die, leider nicht günstig platzierten Silberarbeiten, bemalten Gläser etc. Die ausgestellten handgewebten und verarbeiteten Stoffe zeigen schöne Muster. Reizvoll sind die Farbewirkungen der in der Delmenhorster Gewerbeschule hergestellten graphischen Arbeiten.

— **Volkshochschule.** Die Kurse dieses Winters beginnen in der nächsten und übernächsten Woche. Anmeldungen werden in den Buchhandlungen von Otto, Danielsberg und der „Volkswacht“ von Montag an entgegengenommen. Es werden Kurse halten: Postdirektor Dr. Babendererde über „Gewaltsmenschen der Gegenwart“, Studienrat Bruckner über „Kant und Fichte“, Bruno Birgel (Potsdam) im Dezember über verschiedene Thematika, Lehrer Steinhoff aus plattdeutscher Dichtung, und Rechtsanwalt Petig (Bremen) „Wanderung durch das Gebiet des Reichs- und Staatslebens“. Näheres siehe Aushang in den Meldebüchern.

— **Brotheilfen an kinderreiche Familien.** Besonders bedürftige kinderreiche Familien erhalten ab 15. Oktober d. J. Beihilfen zur Verbilligung des Brotes. Die Brotheilfen werden gewährt, wenn der Vater noch lebt, für das 4. und weitere Kind, wenn der Vater nicht mehr lebt, für das 3. und weitere Kind unter 14 Jahren. Weitere Einzelheiten hat der Magistrat bekannt gegeben.

Handel und Wirtschaft.

— **Berliner Börse.** Berlin, 20. Okt. Die erwartete Zuspitzung des Konfliktes zwischen der Berliner und Münchener Regierung, die anhaltend gespannte Lage in Sachsen und die zunehmende Inerpolitische Schwereigkeiten und Verwicklungen geben konnte, führte im Zusammenhang mit einer ebenso ungünstigen Beurteilung der außenpolitischen Lage und ersten Beschränkungen hinsichtlich der kommenden Ereignisse im Ruhrrevier zu einer pessimistischen Beurteilung der deutschen Lage. Diese Sorgen drückten sich aus in erneuten starken Kurssteigerungen der ausländischen Zahlungsmittel. Der Dollar wurde im Verkehr von Bureau zu Bureau heute vormittag mit 18 Milliarden und gegen Mittag mit 17,5 Milliarden genannt. Englische Pfunde zirkulieren 80 Milliarden, holländische Gulden 6,5 Milliarden. Die Tendenz der Effekten ist trotz dieser Devisenhausse nicht allzu fest. Die Geldschwierigkeiten, die ihren Ausdruck in Tagesläsen von 10—14 Prozent fanden, und die weitverbreitete Befürchtung, daß es zu innerpolitischen Ereignissen kommen könnte, die eine vorübergehende Schließung der Börse notwendig machen, veranlaßt die Berufsspekulation zur Glatzstellung. Man rechnet für Montag trotz der Devisensteigerung mit einer nur mäßigen Aufwärtsbewegung der Effektenkurse. Dollarschlaganweisungen wurden heute mit 19—20 Milliarden gehandelt, Goldanleihe ebenfalls mit 19—20 Milliarden.

— **Berliner Getreidemarkt** am 20. Okt. Märkischer Weizen 31 000 bis 33 500, märkischer Roggen 29 000 bis 30 500, märkischer Hafer 24 000 bis 25 000, Weizenmehl 92 000 bis 99 000, Roggenmehl 89 000 bis 95 000, Weizen- und Roggenkleie 14 000 bis 14 500 Millionen Mt. (je 50 kg., Mehl je 100 kg.).

— **Hamburger Schlachthofmarkt** vom 19. Oktober. Auftrieb: 1397 Schweine. 1. Beschaffenheit 500 Mill. Mt.,

2. 700—750 Mill. Mt., 3. 700 Mill. Mt., 4. 400 bis 650 Mill. Mt.; Sauen 1. Beschaffenheit 700—800 Mill. Mark.

— **Berliner Viehmarkt** am 20. Okt. Auftrieb 710 Schafe (550—950 Millionen), 290 Bullen (550—900), 729 Kühe und Färren (500—950), 525 Kälber (700—2000), 3224 Schafe (1000—1200), Stallmattschafe (400—1000), Schweine (700—800) Millionen Mark je 1 Pfund Lebendgewicht. Marktverlauf: In allen Gattungen glatt, ausgehuchte Kinder über Notiz. Richtpreise wurden nicht festgesetzt. Es herrschte freier Handel.

Letzte Nachrichten.

Die Reichswehr in Sachsen eingerückt.

Leipzig, 22. Okt. (Draht.) In den heutigen Vormittagsstunden sind große Abteilungen preussischer Regimenter und zwar, Infanterie, Kavallerie und Artillerie in Leipzig eingerückt. Die Truppen werden z. T. in Leipzig verbleiben, z. T. nach Chemnitz und Plauen weitertransportiert werden.

Zur Verpflichtung der bayerischen Reichswehr.

München, 22. Okt. (Draht.) Die Verpflichtung der bayerischen Reichswehrtruppen in sämtlichen bayerischen Standorten ist in der Weise vor sich gegangen, daß den Reichswehrtruppen der Wortlaut des Aufrufs der bayerischen Staatsregierung bekanntgegeben wurde. Die Verpflichtungsformel lautet folgendermaßen:

„Auf Grund des mir vorgelesenen Aufrufs der bayerischen Staatsregierung erkläre ich, daß ich von der bayerischen Staatsregierung als der Treuhänderin des deutschen Volkes bis zur Wiederherstellung des Einverständnisses zwischen Bayern und dem Reiche in Pflicht genommen bin und erneuere meine Verpflichtungen zum Gehorsam gegen meine Vorgesetzten.“

Berliner Beratungen.

Berlin, 22. Okt. (Draht.) Die Sitzung des Reichsrats, in der der Konflikt zwischen Bayern und der Reichsregierung zur Erörterung kommen soll, wird voraussichtlich Mittwoch oder Sonnabend stattfinden.

Im Laufe des heutigen Tages findet eine neue Sitzung des Reichskabinetts statt, die sich mit allen wichtigen und innen- und außenpolitischen Fragen beschäftigen wird.

Die Sonderbündler werden aktiv.

Die Aktionen mißglückt?

Paris, 22. Okt. (Draht.) Der Sonderberichterstatte des Journal in Aachen teilt mit, daß die provisorische Regierung (!) im Rathaus 100 Revolver und 500 Patronen beschlagnahmt hat. Weiter glaubt der Korrespondent zu wissen, daß Koblenz, Mainz, Wiesbaden sowie die gesamte belgische Zone von Republikanern (d. h. separatistischen Hochverrätern. Die Schriftl.) besetzt sind. Gestern Abend brach eine Truppe in Stärke von 1000 Mann in Laßtaun nach Krefeld und Düsseldorf auf. Sie waren von verschiedenen (wohl beschlagnahmten. Die Schriftl.) Wagen des Roten Kreuzes und Sanitätern begleitet. Im Laufe des heutigen Tages wird an die unteren Beamten der grünen Polizei der Befehl ergehen, sich in den Dienst der Republikaner zu stellen. Was die höheren Beamten anlangt, so seien sie sich noch nicht schlüssig, doch müßten sie heute ihre Entscheidung treffen.

— **München-Gladbach, 22. Okt.** (Draht.) Heute morgen um 7.30 Uhr sind starke Truppenbewaffneter bei den München-Gladbacher Zeitungen erschienen und haben das Erscheinen der Zeitungen für heute verboten. Es ist ihnen anheimgestellt, morgen wieder zu drucken, wenn sie sich der Zensur unterwerfen wollen. Die Sonderbündler waren mit Ausweisen vom rheinischen Unabhängigkeitsbund versehen.

— **Berlin, 22. Okt.** (Draht.) Nach Meldungen der B. Z. sind die Verhufe der Sonderbündler, in Krefeld, Rheydt und M.-Gladbach die Nacht an sich zu reißen, mißlungen. Die Polizei hält dort alle öffentlichen Gebäude fest in der Hand. Der Oberbürgermeister von Koblenz erklärte, er werde nur die deutsche Regierung und werde lediglich der Gewalt weichen. Nach einer Drahtung aus Frankfurt soll in Groß-Gerau heute früh die rheinische Republik ausgerufen sein. In Jülich mißlang ein Versuch der Sonderbündler, die rheinische Republik auszurufen. In Stolberg ist die Ordnung bisher nicht gestört worden.

Die Schließung der Börse steht bevor?

Berlin, 22. Okt. (Draht.) Wie die B. Z. meldet, ist kurz vor Eröffnung der Börse der Börsenvorstand zu einer Sitzung zusammengetreten. Es verläutet, daß wegen der politischen Schwierigkeiten eine evtl. Schließung der Börse bevorsteht.

Der Küntriner Putz-Prozess.

X Kottbus, 22. Okt. (Draht.) Heute vormittag haben in Kottbus die Verhandlungen des außerordentlichen Gerichts gegen die 14 Personen, die beschuldigt sind, den Küntriner Putz verurteilt zu haben, begonnen. Nach Feststellung der Personalien der Angeklagten wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Wetterbericht.

Bremen, 22. Okt. (Draht.) Morgen veränderlich, frische westliche bis nordwestliche Winde, Regenschauer.

Ämtliche Devisenkurse.

Berlin, 21. Oktober. (Draht.)
Gulden 15 561 000 000—15 639 000 000 — % rep.
Dollar 39 900 000 000—40 100 000 000 50 % rep.
Pfd. Sterl. 179 550 000 000—180 450 000 000
Schw. Frs. 7 112 175 000—7 147 825 000 — % rep.

Auf Ersuchen des Herrn Reichskanzlers werden ein Aufruf der Reichsregierung und ein Befehl des Chefs der Heeresleitung zur öffentlichen Kunde gebracht.

v. Sindh.

Die Reichsregierung erläßt folgenden

Aufruf:

An dem Tage, an dem die deutschen Vertreter im Auslande den sämtlichen Mächten eine Erklärung über die außenpolitische Lage abgaben, um die Aufmerksamkeit der Welt auf die durch Frankreichs Verhalten geschaffene unerträgliche Not im Rheinlande und im Ruhrgebiet zu lenken, und in der die Zusammenfassung aller Kräfte mehr als je notwendig ist, um gegenüber dem äußeren Gegner fest zu bestehen, hat es die bayerische Staatsregierung für richtig erachtet, einen offenen Verfassungsbruch und innere Kämpfe im Reiche herbeizuführen. Der Ausgangspunkt dieser Kämpfe war die Entscheidung darüber, ob die militärische Disziplin, auf der jede Armee aufgebaut sein muß, auch im heutigen Deutschland Geltung haben soll oder nicht. Der Chef der Heeresleitung konnte nicht dulden, daß klare Befehle, die von ihm gegeben waren, von einem Untergebenen aus politischen Gründen mißachtet wurden. Eine Armee, in der die Ausführung eines Befehls abhängig gemacht wird von politischen Erwägungen, ist kein Instrument zur Aufrechterhaltung der Macht eines Staates nach außen und innen. Gerade die bayerische Staatsregierung, die den Gedanken der Wehrhaftmachung des Volkes wiederholt vertreten hat, mußte sich darüber klar sein, daß die Aufrechterhaltung der Disziplin in der Armee die Grundlage jeder Wehrhaftmachung ist und sein muß. Gerade die bayerische Staatsregierung, die wiederholt in Ausführungen des Generalstaatskommissars von Kahr die Bewahrung des nationalen Gedankens für sich speziell in Anspruch nimmt, mußte sich klar darüber sein, daß national sein vor allen Dingen heißt: In Zeiten der Not Geschlossenheit im Innern zu bewahren und Sonderwünsche und Sonderinteressen dahinter zurückzustellen. Mit dem von dem Generalstaatskommissar von Kahr in die Öffentlichkeit geworfenen Gedanken des Kampfes gegen den Marxismus hat die in Rede stehende Frage gar nichts zu tun. Der Chef der Heeresleitung, der Reichswehrminister, haben bei ihrem Kampfe für die Autorität in der Reichswehr lediglich für diese Idee, nicht für irgendwelche parteipolitische Einstellungen gekämpft. Dasselbe gilt von der Reichsregierung, die sich bis zum äußersten bemüht hat, durch weitgehendste Ausnutzung von Verkündigungsmöglichkeiten jeden Bruch zu vermeiden. Mit Entschiedenheit und Entrüstung weist die Reichsregierung den Versuch des Generalstaatskommissars zurück, die Entscheidung der bayerischen Staatsregierung als den Kampf einer nationalen und christlichen Weltanschauung gegen eine marxistisch-internationale Einstellung hinzustellen. Es ist unerhört, wenn in der Zeit, in der die Reichsregierung die Kräfte des ganzen Volkes braucht zur Erhaltung des Deutschtums gegen den Vernichtungswillen maßgebender französischer Kreise, der Generalstaatskommissar glaubt, die Brandfackel der Zwietracht in das deutsche Volk dadurch hineinwerfen zu können, daß er daon spricht, es handle sich letzten Endes um die Frage: Sie deutsch oder nicht deutsch. Es gibt innerhalb der Reichsregierung und innerhalb der Millionen von Volksgenossen, die hinter ihr stehen, Niemanden, der den Kampf, um den es sich handelt, anders als unter dem deutschen Gesichtspunkt ansieht. Im Kampfe um die Erhaltung der Reichseinheit fordern wir alle Deutschen auf, den Erregern der Zwietracht entgegenzutreten im Kampfe für das Einzige, was uns gegenüber der uns angebrohten Vernichtung des deutschen Volkes geblieben ist, für das deutsche Reich und für die deutsche Einheit.

An das Reichsheer.

Die bayerische Regierung nimmt die Truppen der 7. (bayerischen) Division in Pflicht und ernannt den vom Reichswehrminister seiner Dienststelle entzogenen Divisionskommandeur ihrerseits zum Landeskommandanten und Divisionskommandeur. Der Schrift der bayerischen Regierung ist ein gegen die Verfassung gerichteter Eingriff in die militärische Kommandogewalt. Wer dieser Anordnung der bayerischen Regierung entspricht, bricht seinen dem Reich geleisteten Eid und macht sich des militärischen Ungehorsams schuldig. Ich fordere die 7. (bayerische) Division des Reichsheeres hierdurch feierlich auf, ihrem dem Reich geleisteten Eid treu zu blei-

ben und sich den Befehlen ihres höchsten militärischen Befehlshabers bedingungslos zu fügen. Der Reichstreue aller anderen Teile des Heeres halte ich mich heute und stets fest verpflichtet.

gez. von Seckl,
General der Infanterie und Chef der Heeresleitung.

Invalidenversicherung.

Vom 22. d. Mts. ab wird der Markenpreis vermindert. Für Beitragszeiten vor dem 1. d. M. werden Marken der Lohnklassen 36 bis 44 zum einfachen Preise abgegeben, wenn ein Antrag bis zum 31. d. M. eingeht, in dem die Zahl der Marken, die Lohnklasse und die Wochen, für welche die Marken zu verwenden sind, angegeben werden, und gleichzeitig der Geldwert der Marken eingekandt wird.

Die angelegten Kontrolltermine fallen aus.

Landesversicherungsanstalt Oldenburg.

Achtung! Achtung!

Am Mittwoch, dem 24. d. Mts., punkt 1/27 Uhr abends findet bei Wirt Hermann Sawithorst in Wulfenau und am Freitag, dem 26. ds. Mts. bei Wirt Josef Grabe in Carum eine

Protestversammlung

statt wegen der Einstellung desfahrens der Eierwagen.

Alle Interessenten und Einwohner der Bauerschaften sind jedl. eingeladen.

Die Einberufer.

Geflügel-Abnahmen.

Donnerstag, den 25. Oktober
in Harme bei Busse von 10 bis 11 Uhr,
in Hausstette bei Fiemering von 12 bis 1 Uhr,
in Scharup bei Albers von 1 bis 2 Uhr,
in Buhum bei Böderding von 2 bis 4 Uhr.
Nehme auch Obst an, zahle erhöhte Preise.

Vechna. Franz Suerdiek.

Flachsabnahme

am Mittwoch, dem 24. Oktober in Neuenkirchen i. Oldbg. von 9 bis 2 Uhr in der Wirtschaft Ansmann.
Am Donnerstag, dem 25. Oktober in Nellinghof von 9-2 Uhr in der Wirtschaft Pohlmann.

J. B. Sanders & Söhne,
Flachsfabrik und Leinwandweberei, Bramsche (Bez. Osnabrück). Nähere Auskunft erteilt
Soj. Meyer, Grapperhausen b. Neuenkirchen i. O.

Am Mittwoch gelangen auf dem Pagenfert'schen Verlaufe zum Aufsat:
1 vollständiges Bett, 2 große fast neue Teppiche, Wäsche - Zentrifuge, 2 beste Ziegen, Schleifstein, Lachtauben, 2 große eichene Viehtafeln.

Vechna, 22. Oktober 1923.

Herm. Bröring.

Großer Verkauf in Vechna.

Geschwister Pagenfert, Vechna, Fühlteierstr. lassen wegen Aufgabe des Haushalts am Mittwoch, dem 24. Oktober, nachm. 12,30 Uhr öffentlich meistbietend verkaufen:

- 1 eich. Kleiderschrank, Anrichte, Milchschrank,
- 2 Koffer, 4 eichene Tische und mehrere kleine Tische, eichene Kommode, Nähtisch, 2 Sessel,
- 10 Stühle, Gartenbank, Spiegel, Bilder,
- 2 Uhren, großen Küchenherd, 2 Schubladen,
- 2 Regentonnen, Waschkörbe, sämtl. Porzellan, Gabeln, Löffel, Messer, mehrere Kessel, eiserne Töpfe, 1 beste Ziege, Zentrifuge, Staubmühle, Spinnrad, Sofa, Kinderbettstelle, Räucherfahrrad und viele andere Sachen.

Vechna, 1923 19. 10.

Herm. Bröring, Aukt.

Verkauf!

Am Mittwoch, 24. d. Mts., 3 Uhr nachm. läßt Christian Staffehl-Wiel-Dinlage

- 1 gute Milchziege, 5 beste Ziegenlämmer, ein halbes Jahr alt, darunter ein Bocklamm, 2 große ostfriesische Schafe

öffentlich meistbietend verkaufen.

Käufer ladet ein

Dietmann, Aukt.

Amerika!

Junge deutsche Landwirte, welche Auswandern wollen nach Nordamerika, können sofort in einer deutschen Colonie unterkommen. Selbige erhalten nähere briefliche Nachricht unter Chicago D. an die Geschäftsstelle ds. Bl.

50 Milliarden M.

zahlen wir für gebrauchte große Mauserpistolen Kal. 7.63 mit Holzfutteral, ohne solches 48 Milliarden M. u. erb. sofortige Nachnahmezufendung ohne Anfrage. Beschreibung: 30 cm lang, zehnjährig, von oben zu laden. Stempel: Waffenfabrik Mauser, Oberndorf a. Neckar. Visier 1000 Meter. Alle anderen Pistolen, auch Mauser 9 mm (Visier 500 Meter) werden nicht gekauft.

Reiß- und Goerth-Prismen-Ferngläser

kaufen wir zum Stückpreise von 30 Milliarden Mark aufwärts.
Waffenholz. Anaers & Bod, Königsberg i. Pr. 5.

Honig

kauft zu hohen Preisen.

Soj. Haspamp, Steinfeld. Telefon 24.

Vager Falkenrodt empfiehlt

Salinen-Siedesalz

Steinsalz

Vechna. D. Schröder

Ein Seilenpulver wie es sein soll preiswert und gut

Ein ganz neuer Krefst-Herd zu verkaufen. Lohne, Markt. 30.

Grundstücke, Häuser, Geschäfte, Villen, Landhäuser, landw. Anwesen, kaufen und verkaufen

Finanzierungen, Hypothekengeschäftigungen, Geschäftsgründungen, Teilhabergesuche etc. erledigen Sie nur durch

Gebr. Gänswein, Immobilien-, Handels- u. Finanz-U. G., Oldenburg, Nordorferstr. 50, Tel. 444.

Die Verlobung unserer Tochter Antonia mit dem Hofbesitzer Joseph Heimbrock aus Lodbergen bei Löningen beehren wir uns ergebenst anzuzeigen.

Meine Verlobung mit Fräulein Antonia Scherbring aus Kroge bei Lohne gebe ich hiermit bekannt.

Hofbes. Clem. Scherbring u. Frau
Sofia geb. gr. Krogmann.

Joseph Heimbrock,
Lodbergen b. Löningen, im Okt. 1923.

Kroge b. Lohne, Oktober 1923.

Kein Empfang.

Kaufe Schlachtpferde.

Zahle die höchst. Preise! Komme sofort bei Unglücksfällen m. Transport-Auto.

J. Dohrmann, Bremen
Doventorsteinweg 17.
Prompte reelle Bedienung.

Anmeldungen nimmt entgegen Josef Merische, Bisbet.

Auto-Vermietung zu jeder Tages- u. Nachtzeit.

Wilh. Debring, Vechna i. O. Fernruf 241.

Carl Tapken
Pianosortefabrik
Oldenburg i. O.
Fernruf 238.

Es wird auf sofort für alleinstehenden, älteren, besseren Herrn ein möbliertes Wohn- und Schlafzimmer mit Heizgelegenheit gesucht. Preis Nebensache. Off. unt. B. 5. 265 an die Geschäftsst. d. Bl.

Auf einem Hofe in der Nähe von Dammum wird zum 1. Mai ein lediger Schweizer gesucht. Näh. unt. Nr. 6 an die Geschäftsst. d. Bl.

Gesucht auf sofort ein zuberlässiger Knecht. Cappeln. J. Varelmann.

Wohne von heute an im Hause des Herrn Arnold Grefer (Marktplatz) und bitte alle Angebote dahin richten zu wollen.

Dinlage, Ferd. von der Wal, Viehhandlung, Tel. 111.

Teppiche

Unerreichte Auswahl in allen Teppichen, Läufern und Vorlagen wie:
Plüsch, Haargarn, Kokes, Linoleum u. s. w.

Sämtliche Größen am Lager.

Sattlerei Koch,

VECHTA, Telefon 235.

Empfehle Weisfettkalk

aus Anfang dieser Woche eintreffendem Waggon; ferner ab Lager,
Kainit, Kali, Kaltschluff, Superphosphat und Ammonial-Superphosphat.

Vechna. Jos. Warnking.

Mein Wohnhaus

an der Hauptstraße beabsichtige ich zu verkaufen oder zu veräußern.

Franz Reiffing, Steinfeld.



Für

Wollsachen

gebrauchen Sie ein Waschmittel, das jedes Reiben der Stoffe überflüssig macht.

Persil

ist für die Behandlung von Wollwäsche das gegebene Waschmittel. Es bewirkt die Säuberung selbsttätig, ohne mechanische Einwirkung, gewährt also größtmögliche Schonung des Gewebes.

Ein Verfilzen und Einschrumplern ist ausgeschlossen; die Stücke bleiben grüßig und weich und behalten ihre Farben. — Man wäscht Wollsachen handwarm durch leichtes Drücken und spült in gleichfalls schwachwarmem Wasser gut nach. — Beim Trocknen/dürren sie keiner großen Hitze (auch nicht der Sonne) ausgesetzt werden.